

Gedanken über die Welt, in der unsere Nachkommen leben werden

Einleitende Bemerkungen

Seit ihrer Gründung gehört der Kampf für den Frieden, gegen Aufrüstung und militärische Gewalt zu den Säulen der Politik unserer Partei. In dieser Hinsicht gestaltet DIE LINKE Märkisch-Oderland seit 1990 mit dem Strausberger Friedensfest, das seit 2016 seine Fortsetzung in Friedenswochen findet, aber auch mit unterschiedlichen Aktivitäten in den Basisorganisationen wirkungsvolle politische Arbeit. Dazu gehört die Arbeitsgruppe Sicherheitspolitik im Stadtverband Strausberg (Vgl. Disput 5/2017). Sie befasst sich mit der Entwicklung der geopolitischen Weltordnung, verfolgt und bewertet darauf abzielende Aktivitäten und versucht, daraus erwachsende politische Herausforderungen und Lösungsvorschläge für die politische Arbeit abzuleiten. Mit der nachstehenden Veröffentlichung erster Ergebnisse hoffen wir auf zahlreiche Meinungsäußerungen der Leserinnen und Leser.

Wir leben in einer Welt, in der sich tiefgreifende Veränderungen der Kräfte- und Machtverhältnisse vollziehen. Nach dem Ende der Blockkonfrontation sind wir Zeuge des Übergangs von der einst bipolaren zu einer multipolaren Weltordnung (MPWO). Es ist eine neue Etappe der Entwicklung der geostrategischen Einflüsse in der Welt, die sich über mehrere Jahrzehnte erstrecken und unser Leben und das unserer Nachkommen nachhaltig beeinflussen wird. Leider ist zu beobachten, dass in der Presse und öffentlichen Verlautbarungen oft von der Herausbildung einer multipolaren Weltordnung gesprochen wird, die Tiefe der bevorstehenden Veränderungen und deren Folgen jedoch kaum oder gar nicht erörtert und dargelegt werden. Dabei sind mit dieser Entwicklung nicht unerhebliche Gefahren für die Erhaltung des Friedens, aber auch eine Reihe Wirkungsfaktoren für das persönliche und gesellschaftliche Leben verbunden, die eine rechtzeitige Gestaltung politischer Konzepte erfordern. Es ist deshalb u.E. notwendig, sich mit den konkreten Erscheinungen der Entwicklung der geopolitischen Lage von der bipolaren zur multipolaren Weltordnung auseinander zu setzen, darauf abzielende Handlungen der Akteure und deren Wirkungen zu bewerten und daraus Schlussfolgerungen für die Frage Krieg und Frieden abzuleiten. Darauf ist die Tätigkeit der o.g. Arbeitsgruppe beim Stadtverband Strausberg ausgerichtet.

Zum einen ermöglicht die Kenntnis der Ziele der Akteure im geostrategischen Bereich, deren Politik und Handlungen gegenüber anderen Staaten/Staatengruppierungen richtig einzuordnen. Das zunehmende Säbelrasseln, die Aufrüstung und Modernisierung der Waffenarsenale, sich abzeichnende Handelskriege sowie die Abkehr von diplomatischen Problemlösungen sind vielfacher Ausdruck der Interessendurchsetzung bei der Herausbildung einer multipolaren Weltordnung.

Zum anderen bewirken die unterschiedlichen und zum Teil gegensätzlichen Positionen der globalen Akteure gefährliche Aktionen zur Veränderung der Kräfteverhältnisse. Das Ringen um ihre Rolle in der multipolaren Welt und um die Begrenzung des Einflusses möglicher Konkurrenten verschärft die Lage. Die Durchsetzung ihrer Interessen mit den unterschiedlichsten Methoden, auch mit Kriegen, machen die Welt nicht sicherer. Detaillierte Kenntnis

der sicherheitspolitischen Lage liefert deshalb Argumente, mit denen die latente Kriegsgefahr in der Gegenwart noch besser bewusst gemacht werden kann.

Drittens hilft die detaillierte Kenntnis der Ziele und Absichten der geostrategischen Akteure zu erkennen, wem unsere Solidarität gehören muss, wo gegen Normen des Völkerrechts und die Selbstbestimmung der Nationen, gegen das Regelwerk der UNO verstoßen und Menschenrechte verletzt werden.

1. Zur Entwicklung der multipolaren Weltordnung

Nach dem Ende der Blockkonfrontation trat an die Stelle der bipolaren Weltordnung auf Teilgebieten (Wirtschaft und Militär) eine alleinige Herrschaft der USA. Die bestehenden Militärblöcke wie z.B. NATO und SEATO dienten und dienen den USA zur Sicherung ihrer Interessen in der Welt und zur Erhaltung ihrer Machtpositionen. Das änderte sich mit dem Aufstieg Chinas zu einer bedeutenden Wirtschafts- und Militärmacht sowie mit dem Wiedererstarken Russlands und der russischen Föderation

Gegenwärtig erkennbar sind Staaten mit starkem Machtverlust, andere, aufstrebende Staaten nehmen vordere Positionen ein. Es entwickeln sich Pole, also Staaten oder Staatengruppen, die in der Lage sind, wesentliche Entwicklungsrichtungen der Welt mitzugestalten und ihre politischen, ökonomischen und Sicherheitsinteressen global, bzw. in den für sie bedeutenden Regionen unter Nutzung der ihnen zur Verfügung stehenden Machtfaktoren durchzusetzen. Für das Verhältnis der Pole untereinander im Rahmen der Entwicklung der MPWO sind die Interessen und die Wirkung der drei Machtfaktoren zu berücksichtigen: Politik, Ökonomie und der Gewaltfaktor. Die für die Entwicklung der MPWO bedeutenden Pole vertreten unterschiedliche Interessen und werden zu ihrer Durchsetzung auch unterschiedliche Wege nutzen, die ihren Möglichkeiten entsprechen. Um diese Entwicklung zum Nutzen der Menschheit zu gestalten, wird die Erhaltung des Friedens entscheidend sein.

Gegenwärtig können für die Herausbildung der multipolaren Weltordnung fünf sich abzeichnende Pole in Betracht gezogen werden:

Die USA, die VR China, Russland (Eurasische Union), Indien und evt. die Europäische Union

(EU). Alle diese Pole sind Kernwaffenmächte! Bei dieser Aufzählung sind die Kontinente Afrika, Australien und der Subkontinent Südamerika, aber auch Staaten, wie Japan nicht vertreten. Das Nord-Süd-Gefälle ist nicht zu übersehen. Es ist durchaus denkbar, dass die unter dem Begriff BRICS-Staaten einbezogenen oder auch andere Staaten sich künftig zu Polen entwickeln können.

Diese Pole verfügen über das Potential, um ihre Interessen in der gesamten Welt bzw. in bedeutenden Regionen der Welt durchzusetzen. Das Verhältnis zwischen den Polen wird wesentlich vom Kräfteverhältnis und von ihrer Interessenlage bestimmt. Diese Interessen und die Wege zu ihrer Durchsetzung sind aus vorliegenden Dokumenten und Äußerungen einflussreicher Politiker erkenn- bzw. ableitbar.

Konzepte liegen bisher von der VR China – durch die Beschlüsse des 19. Parteitags der Kommunistischen Partei Chinas, von der russischen Seite - durch die Rede Putins vor dem Valdai-Gipfel (16.10.2017), vom Ministerpräsidenten Indiens Modi – auf dem Wirtschaftsgipfel in Davos vor. Der EU-Rat beschloss am 28.06.2016 eine neue

Globalstrategie, die seither das wichtigste Rahmendokument für die EU-Außen- und Militärpolitik ist. Gestützt auf einen für die Zeit bis 2027 zu schaffenden Europäischen Verteidigungsfonds sollen Kapazitäten für autonome Militäraktionen, letztlich eine EU-Armee als Voraussetzung zur Entwicklung der EU als Weltmacht, geschaffen werden. Die BRD stützt sich bisher auf die Vorstellungen des Abschnitts ‚Multipolare Welt‘ im Weißbuch Juli 2016. Die Rede des Außenminister der BRD Gabriel auf der Münchener Sicherheitskonferenz enthielt Ansätze in Bezug auf die EU und auf die künftige Zusammenarbeit mit den USA. Die USA praktizieren eine Politik der Selbstisolierung und der Behinderung von Entwicklungen anderer Pole und militärischer Drohungen. Ein offizielles Konzept außer dem Ziel des Erhalts der Machtposition ist nicht zu erkennen. Außer diesen offiziellen Aussagen kann es in diesen Polen interne Unterlagen oder Entscheidungen zur MPWO geben. Erkenntnisse dazu liegen z.Zt. nicht vor.

Die Pole ringen darum, weitere Staaten für die Durchsetzung ihrer Interessen um sich zu gruppieren. Die USA wirken deshalb an den West- und Südflanke Russlands und in Südamerika, China nutzt dazu das Projekt der Seidenstraße, Russland stärkt die Staaten der Eurasischen Union und festigt die Zusammenarbeit mit weiteren Einzelstaaten in bedeutsamen Regionen (z.B. Iran und Syrien), Indien schützt „seinen Ozean“. Die BRD ist bemüht, vorrangig die Staaten der EU geschlossen zu halten, aber auch die Stationierung der Bundeswehr in Afghanistan, Jordanien, Irak weist auf geostrategisches Interesse hin.

Insgesamt gewinnen langfristige und geostrategische Konzeptionen an Bedeutung.

Im Interesse der friedlichen Entwicklung der Menschheit müsste sich die Herausbildung der MPWO an folgenden Prämissen orientieren: Zukunftsorientierung, gesellschaftliche, ökonomische und ökologische Nachhaltigkeit, friedliche Koexistenz, gutnachbarliche Beziehungen, gleichberechtigter Status der Pole, Sicherheitskonzepte anstelle militärischer Blockbildung, Grundprinzip sollte sein: Die eigene Sicherheit ist nur zu haben, bei Gewährleistung der Sicherheit der Gegenseite. Leider entspricht die Realität nicht diesen Vorstellungen.

Ein Lösungsweg zur friedlichen Gestaltung des Übergangs zur MPWO könnte darin bestehen, in Anlehnung an die Helsinki-Papiere und auf der Grundlage der Charta der UN ein für alle Seiten verbindliches Regelwerk für das Verhältnis der Pole zu schaffen, dass den veränderten Kräfteverhältnissen und den berechtigten Interessen aller Beteiligten bestmöglich Rechnung trägt. China und Russland bekennen sich zur Ausarbeitung eines solchen Dokuments. Von anderen Polen fehlt bisher das Bekenntnis dazu. Um in dieser Hinsicht Fortschritte zu erreichen, können und müssen Gipfeltreffen verschiedener Art, wie z.B. Valdai-Gipfel, Davos-Treffen, Konferenzen, wie die Sicherheitskonferenz München, zur gegenseitigen Darlegung der Standpunkte und für Verständigungszwecke genutzt werden. Dieses Regelwerk müsste durch rechtzeitiges Erkennen von Ursachen und Wirkungen divergierender Interessen ständig grundlegenden Veränderungen angepasst werden.

2.Wirkungen der Machtfaktoren auf die Entwicklung der MPWO

Die Pole setzen ihre Interessen im Wesentlichen gestützt auf das Kräfteverhältnis ihrer Machtfaktoren durch. Bei den Machtfaktoren Wirtschaft und dem Gewaltfaktor ist das Verhältnis

weitgehend messbar oder vergleichbar. Der Faktor Politik hingegen wird überwiegend durch Begriffe wie Demokratie, Diktatur, oder weitere, oft verwirrende Bezeichnungen gekennzeichnet. Das Bild wird durch nicht definierte Begriffe, wie Wertegemeinschaft, Populismus weiter verwischt. In jedem Pol wird das eigene System als das Richtige, das Beste für die Gemeinschaft dargestellt. Die Medien, gleich welcher Art, haben eben diese Herrschaftsart zu vertreten und andere Regime zu diskreditieren. Insofern ist zwar das Machtpotential Politik nicht messbar, kann aber effektiv wirken. Außenpolitisch betrifft das vorwiegend die Rolle des betreffenden Pols in der MPWO. Innenpolitisch betrifft es die Stabilität des Pols, Wohlstand, Beseitigung sozialer Widersprüche u.a., wozu besonders die Anwendung besserer Formen der Demokratie als die derzeitige Parteiendemokratie sowie die unmittelbare Beteiligung der Bevölkerung an Entscheidungsprozessen notwendig sein dürfte. Besondere Bedeutung hat das friedlichen Zusammenleben mit anderen Staaten/Polen. In der Zeit des Kalten Krieges gelang es über den so genannten Helsinki-Prozess, Spannungen zu entschärfen und Wege zur friedlichen Beilegung von Konflikten zu finden. Das könnte auch als Beispiel für die heutige Situation gelten.

Auf dem Gebiet der Ökonomie wird die Digitalisierung (Industrie 4.0) vielseitige Wirkungen auf den Arbeitsprozess, ja auf die gesamte Gesellschaft zeigen. Technik, Technologie und Wissenschaft erfordern einen wesentlich höheren Bildungsstand der Gesellschaft.

Hochtechnologien, wie künstliche Intelligenz, gebündelte Energie, Schwarmtechnologie u.a. öffnen grundsätzlich neue Handlungsfelder für deren zivile und militärische Anwendung.

Es ist denkbar, dass die Entwicklung in gewisser Form ethische Grenzen erreicht, auf die die Menschheit nicht vorbereitet ist. Diese Entwicklungen wirken auch auf das gesamte Militärwesen, nicht nur auf die Bewaffnung. Die NATO probte z.B. in Tallin den Cyberkrieg. Damit wird der Krieg in die fünfte Dimension, den virtuellen Raum getragen. Administrative, informelle und sicherstellende Staatsfunktionen werden beeinträchtigt. Der Staat soll handlungsunfähig gemacht werden. Auch aus der künftigen Entwicklung der Digitalisierung sind Gefahren für die Erhaltung des Friedens ableitbar, vor allem, wenn in bestimmten Polen dadurch einseitige Vorteile erkannt werden.

Das derzeitige System der Verteilung des erzeugten Reichtums führt innenpolitisch zu sozialer Ungleichheit und innerer Instabilität. Auch außenpolitisch gilt: arme Staaten werden arm gehalten. Veränderungen treten bei den Produktionsmitteln und den Produktionsverhältnissen zutage. Industrie 4.0 wird jedoch nicht den Kapitalismus beseitigen. Dazu wären revolutionäre Veränderungen erforderlich. Für diese fehlen gegenwärtig weltweit die gesellschaftlichen Voraussetzungen.

Auch künftig bildet die Interessenlage der Pole und das jeweilige Kräfteverhältnis den Ausgangspunkt für ihr Handeln. Es gilt, diese Entwicklungsprozesse rechtzeitig zu erkennen und die eigene Politik darauf einzustellen. Der Entwicklungsstand der Machtfaktoren führt zu breiten, ja zu globalen Verflechtungen. Prinzipielle Veränderungen eines Pols zeigen Wirkungen auf weitere Pole. Politische Diffamierungen oder Restriktionen, nicht belegbare Verleumdungen, Handelsanktionen oder Aufkündigung internationaler Handelsabkommen können zu weitreichenden globalen Folgen führen. Auf diese Art und Weise ist es möglich Staaten/Pole schwer zu schädigen. Die Folgen können durchaus mit Kriegseinwirkungen vergleichbar sein. Gewisse Pole nutzen alle Machtfaktoren auch mit unlauteren Mitteln und Methoden. Sie führen zur Durchsetzung ihrer Interessen Hybridkriege. Beim Aufbau des Feindbildes ist eine höhere Aggressivität zu beobachten. Schuldzuweisungen sind lediglich Behauptungen, ohne

Belege dafür vorzulegen. Die Inhalte sind so gewählt, dass sie Verstöße gegen grundsätzliche Bestimmungen der UN darstellen und somit bewaffnete Handlungen als Maßnahmen zur Einhaltung der UN-Grundsätze ermöglichen sollen. Inhalte sind derzeit z.B. angebliche Giftgas-einsätzen, Menschenrechtsverletzungen, Cyberangriffe. Sie richten sich z.Zt. vorwiegend gegen Russland und zunehmend gegen den Iran. Der Wahrheitsgehalt und die eigentliche Absicht werden so verdeckt, dass sie schwer erkennbar sind. Die aggressiven Absichten der Verursacher erscheinen somit als gerechtfertigt, ja als notwendig. In dieser Hinsicht Hauptakteure sind derzeit die USA, Großbritannien und Israel.

Diese skizzierten Wirkungen aller drei Machtfaktoren verdeutlichen die davon ausgehenden Gefahren für die Wahrung des Friedens bei der Herausbildung der MPWO. Sie werden bei deren künftiger Entwicklung keinesfalls geringer.

Die USA verlieren zunehmend ihren Platz an der Spitze der Wirtschaftsmächte, sie verloren ihn bereits bei ihrem politischen Ansehen. Sie bleiben jedoch eine gefahrbringende Militärmacht und für absehbare Zeit noch größte Wirtschaftsmacht der Welt. In China vollzieht sich in rasantem Tempo ein Wachstum bei allen drei Machtfaktoren. Das Land entwickelt sich unter der Führung der Kommunistischen Partei zu einer der führenden Weltmächte. Russland (die Eurasische Union) widerstand allen inneren und äußeren negativen Einflüssen. Es gelang besonders bei den Machtfaktoren Politik und Militär, den Status einer Weltmacht zu erhalten. Indien überwand die Folgen der Kolonialzeit. Auf der Basis der gestärkten Machtverhältnisse entwickelt es sich als harmonisierende Kraft zur Beilegung gefährlicher Situationen weltweit. Die EU kann sich zum Pol entwickeln, wenn es gelingt, die bestehende Abhängigkeit von den USA und die innere Zerrissenheit zu überwinden. Wirtschaftlich bestehen dafür die notwendigen Voraussetzungen.

Insgesamt bleibt die MPWO (evt. mit Ausnahme Chinas) eine kapitalistische Ordnung. Gefahren für die Erhaltung des Friedens bleiben bestehen, sie ändern sich jedoch in ihrer Art. Die Ursachen dafür sind auch weiterhin in den Veränderungen des Kräfteverhältnisses und der Interessenlage der Pole zu suchen. Steigende Bedeutung gewinnt die vorausschauende Außenpolitik und das vorausschauende Denken und Handeln politischer Kräfte. Bei allen drei Machtfaktoren kann es Veränderungen im Kräfteverhältnis der Pole geben. Die Art und Weise der Lösung der dabei entstehenden Widersprüche entscheidet über ein friedliches oder auf Gewaltanwendung orientiertes Verhältnis der Pole untereinander. Insbesondere bei den Polen USA und EU zeichnet sich eine Politik ab, die sich im Wesentlichen auf Gewaltanwendung stützt. Inwieweit die EU dabei eine selbstständige Position einnehmen wird, oder im Schlepptau der USA handelt, ist noch nicht zu erkennen. Bei beiden Optionen haben militärische Handlungen Vorrang, bei beiden steht Russland als Gegner im Mittelpunkt. Bei der künftigen Entwicklung der MPWO sind daher Kriege nicht auszuschließen.

Das Leben in einer MPWO kann aber auch zu Vorteilen führen. Staatliche und geistige Grenzen sind leichter zu überwinden, Widersprüche können eher zu gegenseitigem Vorteil gelöst werden. Das alles, wenn der Wunsch und Wille dazu vorliegen. Die Voraussetzungen verbessern sich, wenn die USA nicht mehr die Wirkung haben, wie es bisher der Fall war.

Geostrategische Probleme stehen künftig für die Frage Krieg-Frieden stärker im Vordergrund. Das kann Rohstoffquellen, Handelswege, militärisch vorteilhafte Positionen, Bündnisse zwischen den Mächten der Pole und auch zu erwartende Zukunftsentwicklungen aufstrebender Staaten betreffen.

Konflikte bei der Herausbildung der MPWO können sich auch ergeben aus

- den Folgen der weiteren Rechtsentwicklung europäischer Staaten;
- den Interessen verschiedener Staaten im vorderasiatischen Raum vom Mittelmeer bis zum Iran;
- militärischen Auseinandersetzungen in verschiedenen Staaten Afrikas;
- der waffentechnischen Entwicklung. Die militärischen Hochtechnologien stellen neue Anforderungen an die Friedenssicherheit. Ein Weg zur Minderung dieser Gefahr könnte darin bestehen, diese Hochtechnologien auch für zivile Nutzung weltweit freizugeben. Damit bestünde die Möglichkeit, sie breit anzuwenden und bessere Gegenreaktionen zu erwirken.
- der Aufrüstung der meisten Staaten und dem Waffenexport. Abrüstung bleibt das Gebot dieser Zeit!

Zur Stärkung des Friedens zwischen den Polen gehören Bündnisse, wie die NATO, aufgelöst. Bündnisse richten sich gegen bestimmte Staaten. Ein prinzipiell anderer Weg könnte in der Rückkehr zur „Charta von Paris“, abgeschlossen im November 1990, bestehen. Dort war das so genannten „europäische Haus“ als Mittelpunkt festgemacht. Die Bereitschaft Russlands dazu ist aus den Grundsatzdokumenten der RF erkennbar. Ziel müssten „Kollektive Sicherheitssysteme“ sein. Diese werden derzeit jedoch von den westlichen Staaten abgelehnt. Seitens der USA und der NATO-Staaten sind China und Russland als vorrangige Gegner ausgemacht. Als Hauptfeind wird vorrangig die RF bekämpft.

Die obigen Darlegungen beziehen sich auf die bisher erkennbaren fünf Pole. Die Bildung anderer Pole ist nicht ausgeschlossen, wenn die notwendigen Voraussetzungen erfüllt sind. Die weiteren Staaten werden in bestimmten Verhältnissen zu den Polen stehen. Diese Verhältnisse können ambivalent sein. Detaillierte Betrachtungen darüber übersteigen die derzeitigen Möglichkeiten und müssen späteren Untersuchungen vorbehalten bleiben.

Zusammenfassung

Der derzeit erkennbare Entwicklungsprozess der MPWO erfasst in etwa die folgenden 20 –30 Jahre. Es ist ein gesamtgesellschaftlicher und für die Zukunft der Menschheit entscheidender Prozess. Er wird sich nicht automatisch in friedlichen Bahnen vollziehen. Erhaltung des Friedens erfordert deshalb vorausschauende Konzepte und gemeinsame Handlungen aller Kräfte, die bereit sind, sich für die Erhaltung des Friedens einzusetzen. Das betrifft insbesondere Europa, das gleich mit zwei schwierigen Partnern seine Rolle in der sich rapide verändernden Weltordnung finden muss.

Eine zentrale Aufgabe linker Kräfte in Europa, einschließlich der Partei DIE LINKE, muss deshalb sein, darauf hinzuwirken, dass die Staaten Europas unter Einschluss Russlands ein umfassendes europäisches Sicherheitssystem gestalten. Das ist bedeutsam für die Erhaltung des Friedens weltweit.

In diesem Prozess sollte die Partei DIE LINKE ihre linken Positionen in breitem Umfang sichtbar machen und vertreten.

Denkbar ist das in folgenden Richtungen:

- Stärkere Hinwendung der Partei in Richtung der neuen Weltordnung als Ordnung der Zukunft. Forderung an die Bundesregierung bezüglich einer aktiven Beteiligung an der Ausarbeitung von Grundlagen für diese neue Weltordnung und Forderung zur Gestaltung des Pols EU auf der Grundlage der Ergebnisse der „Helsinki-Papiere“;
- Ausarbeitung einer Analyse zu den drei Machtfaktoren und den möglichen Polen;
- Organisation eines anhalten Beratungsprozesses auf allen Ebene der Partei zur MPWO;
- Auch weiterhin die Beendigung der Auslandseinsätze der Bundeswehr und ihren Rückzug von der Konfrontationslinie an der russischen Westgrenze zu fordern;
- Weiterführung der Politik gegen Waffenexporte und Erhöhung der Rüstungsausgaben;
- Eintreten für eine friedliche Politik der BRD mit allen Staaten und Organisationen. Als besonderer Schwerpunkt erweist sich die friedliche Zusammenarbeit mit der RF, um dem von den NATO-Staaten organisierten Konfrontationskurs entgegen zu wirken;
- Ausbau der anerkannten Rolle der Partei als Friedenspartei durch Erhöhung der Aktivitäten für eine Zusammenarbeit mit allen Organisationen und Kräften, die sich ebenfalls für die Erhaltung des Friedens einsetzen.

Die AG Sicherheitspolitik des Stadtverbandes Strausberg der Partei DIE LINKE wird sich künftig verstärkt der Analyse der Entwicklung der möglichen Pole der MPWO widmen. Sie sieht in der friedlichen Entwicklung der MPWO die entscheidende Voraussetzung für ein erfülltes Leben unserer Nachkommen und für die gesicherte Zukunft der Menschheit.

Leiter der AG Sicherheitspolitik des Stadtverbands der Partei DIE LINKE Strausberg
W. Neidhardt